

Es galt, die demokratische Ordnung in Ostdeutschland zur festen Basis des Kampfes um den Frieden, um die demokratische Einheit der Nation zu machen.

Im Kampf gegen die drohende Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband entstand auf Initiative der SED im Herbst 1947 in ganz Deutschland die von der Arbeiterklasse geführte Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Diese Bewegung stützte sich auf die antifaschistisch-demokratische Ordnung in Ostdeutschland und hob den Kampf der patriotischen Kräfte auf eine höhere Stufe. Die Monopolherren und Militaristen waren nicht in der Lage, die Formierung dieser nationalen Bewegung zu verhindern. In Verwirklichung eines Beschlusses des II. Deutschen Volkskongresses wurde Mitte 1948 ein Volksbegehren eingeleitet. 13 Millionen Deutsche in Ost und West forderten mit ihrer Unterschrift die Durchführung eines Volksentscheides über die Einheit Deutschlands. Ein echtes Bekenntnis der Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone zur demokratischen Einheit Deutschlands waren die im Mai 1949 durchgeführten Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß. Mit der Volkskongreßbewegung, aus der später die Nationale Front des demokratischen Deutschland hervorging, schuf die SED eine breite, Millionen Menschen umfassende antiimperialistische nationale Bewegung, wie sie die deutsche Geschichte bisher nicht kannte.

In dieser Zeit führte die KPD in den Westzonen den Kampf gegen die imperialistischen Spalter Deutschlands und ihre rechten sozialdemokratischen Handlanger, für die nationale Einheit und Unabhängigkeit. Sie entlarvte die wahren Ziele des Marshall-Planes und forderte übereinstimmend mit dem nationalen Programm der SED die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus den demokratischen Parteien und Gewerkschaften, den Abschluß eines Friedensvertrages und den baldigen Abzug der Besatzungstruppen, die Aufhebung aller imperialistischen Maßnahmen zur Versklavung des deutschen Volkes und die Beseitigung aller Handelsbeschränkungen, den Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft, die Ausmerzung des Militarismus und Nazismus und grundlegende demokratische Reformen in Staat, Wirtschaft und Kultur. Die Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat forderten die Einstellung der Arbeit dieses Rates an einer westdeutschen Separatverfassung und die Aufnahme gesamtdeutscher Beratungen. Sie lehnten die Bildung eines westdeutschen Separatstaates ab und erklärten: Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands! Die KPD stand an der Spitze des nationalen Kampfes gegen die imperialistischen Besatzungsmächte und die westdeutsche Reaktion. Am 1. Februar